
6561/AB XXIV. GP

Eingelangt am 17.12.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Inneres

Anfragebeantwortung

Frau

Präsidentin des Nationalrates

Mag. Barbara Prammer

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordnete zum Nationalrat Schwentner, Freundinnen und Freunde haben am 18. Oktober 2010 unter der Zahl 6629/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend den „Frauenanteil in höherwertigen Verwendungen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Für das Jahr 2008 wird auf die Beantwortung der Voranfrage 1348/J vom 13. März 2009 verwiesen.

Im Bereich der Zentralleitung wurden im Jahr 2009 12 Funktionen/Verwendungen gem. Bundesministeriengesetz neu besetzt.

Für diese 12 Funktionen haben sich insgesamt 34 männliche und 5 weibliche Bedienstete beworben. Bestellt wurden 11 männliche und 1 weibliche Erstgereite.

Zu Frage 3:

Keine.

Zu Frage 4:

Im Rahmen eines eingerichteten Mentorings, welches insbesondere den Wiedereinstieg von Frauen in den Dienstbetrieb nach Mutterschaftskarenz erleichtern soll, ist die Karriereplanung der Mentees ein diesbezüglicher Themeninhalt.

Darüber hinaus ist im Entwurf des Strategiepapiers zum neuen Frauenförderungsplan die Schaffung von „Karriereförderungscetern“ vorgesehen, um vor allem den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen.

Zu Frage 5:

Ein besonderes Augenmerk wurde und wird auf die entsprechenden Formulierungen bei den Texten der Ausschreibungen in der Wiener Zeitung bzw. den ressortinternen Interessenten/innensuchen gelegt. Verlautbarungen von ressortinternen Interessenten/innensuchen werden sowohl im Intranet veröffentlicht als auch mittels Umlauf den Bediensteten zur Kenntnis gebracht.

Zu Frage 6:

Durch die – in der Ausübung ihres Amtes selbständigen und unabhängigen – Mitglieder der Begutachtungskommissionen.

Zu Frage 7:

Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und Frauenförderungsplan sind seit Jahren Bestandteil der Grundausbildungslehrgänge für den Exekutivdienst sowie für den allgemeinen Verwaltungsdienst.

Weiters werden die entsprechenden Inhalte unter Einbindung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen im Rahmen von Verwaltungsmanagement-Lehrgängen berücksichtigt.

Zu Frage 8:

Die Empfehlungen der Bundes-Gleichbehandlungskommission werden den Mitgliedern der Begutachtungskommissionen zur Verfügung gestellt.